

## Grundsteuer – ja, wie jetzt?

Unser „Satz des Jahres 2024“ lautet: „Einige Eigentümerinnen und Eigentümer werden also mehr Grundsteuer bezahlen müssen, andere weniger“.

Dieser bemerkenswerte Satz stand in einem Schreiben der Finanzämter an Besitzer von Grundstücken und Eigenheimen vom Juni 2022. Er straft diejenigen Lügen, die immer behaupten, der Staat und seine Presse würden nur Lügen verbreiten. Denn dieser Satz ist unbestreitbar wahr. Genau so wahr wie sein berühmter sprichwörtlicher Urahn: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, dann ändert sich's Wetter, oder's bleibt wie es ist“. Oder Sepp Herbergers Feststellung: „Der Ball ist rund. Mal rollt er hierhin, mal rollt er dahin.“

Das Finanzamt hätte mit gleichem Wahrheitsgehalt auch den 30er-Jahre-Filmschlager „Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n“ zitieren können. Nachdem jetzt so ziemlich jede(r) die Mitteilung des neuen „Grundsteuer-

messbetrages“ bekommen hat, und tatsächlich wahrheitsgemäß einige mehr, einige weniger zahlen müssen, erhebt sich nun die Frage: „Ja, und wieviel genau wird das denn?“ Auch hier informiert das Finanzamt auf seiner Homepage wahrheitsgemäß: „Ab 1. Januar 2025 wird die Grundsteuer dann auf Grundlage der neuen Regeln und neuen Hebesätze der Gemeinden erhoben“.

Nun hängt es also von den Städten und Gemeinden ab. Sie müssen die Prozentzahl „ausknobeln“, mit der dieser Messbetrag multipliziert wird, um zum geforderten örtlichen Steuerbetrag zu kommen.

Der Magistrat unserer Stadt hatte sich mehrheitlich zu einer Vorlage durchgerungen, die einer „Empfehlung“ des Landes Hessen folgt (778 Prozent), und schlug vor, den im Januar fälligen Grundsteuerbescheid darauf zu stützen.

Die eigene Verwaltung hatte jedoch auf der Grundlage eigener Berechnungen 802 Punkte ermittelt (der Maßgabe folgend, dass die Gesamteinnahmen aus der Grundsteuer nicht höher sein sollen wie vorher) und dann vorgeschlagen, für's erste einfach bei dem bisher geltenden Satz von 790 Punkten zu bleiben.

Für diesen etwas höheren Hebesatz machten sich die CDU und ihr Bürgermeister-Kandidat Karsten Groß stark (schließlich hatte „sein“ Dezerat das ja ausgerechnet und vorgeschlagen).

Die Grünen und die SPD hingegen unterstützten den Antrag der Magistratsmehrheit, um den Einwohnern wenigstens für den ersten Grundsteuerbescheid des Jahres 2025 ein klein bisschen weniger abzuknöpfen.

Das wurde dann auch mehrheitlich so beschlossen. Ein Anlass zur Freude ist das allerdings nicht: Das vom Verfassungsgericht unterstrichene Gebot, dass die Gesamteinnahmen der neuen Grundsteuer nicht höher sein sollen, als sie die alte Regelung erbracht hätte, kann bei Vorliegen genauerer Übersichten über die neu festgelegten „Grundsteuermessbeträge“ eine „Angleichung“ nach oben bringen. Das hängt davon ab, wievielen Steuerpflichtigen letztlich ein höherer, und wie vielen ein niedrigerer Messbetrag zugewiesen wurde – diese Zahlen liegen für unsere Stadt bislang nur unvollständig vor.

Und überhaupt: Nach einer gewissen „Schamfrist“ (bis nach der Bürgermeisterwahl oder längstens bis nach der Kommunalwahl 2026) ist es so gut wie sicher, dass wieder der Versuch unternommen wird, an der Grundsteuerschraube zu drehen. Nach oben, versteht sich.

Wir raten deshalb allen, die gegen ihren Grundsteuermessbetrag Widerspruch eingelegt haben, auch dem darauf fußenden Grundsteuerbescheid zu widersprechen

ANZEIGE



KEINEN MENSCHEN  
UND KEINEN CENT  
FÜR AUFRÜSTUNG,  
KRIEG UND KRISE!

UNSERE ZEIT  
SAGEN, WAS IST

Lesen - abonnieren - verbreiten  
**uz unsere zeit**

Tel.: 0201 177889-15 | abo@unsere-zeit.de | unsere-zeit.de

ANZEIGE



## Sanierung und Erweiterung Kläranlage:

# Die Abwassergebühren werden erhöht

In der aktuellen Sitzungsrunde wurde in der Stadtverordnetenversammlung und den Fachausschüssen über die neue Satzung der Abwassergebühren beschieden. Die Kosten für den Umbau der Kläranlage (die jetzt auf die 60 Millionen zusteuern) müssen bezahlt werden Und wie? Natur-

beteiligten sachkundigen Einwohnerinnen konnten so rund 7,5 Millionen Euro eingespart werden.

### Größere Einsparungen wären möglich gewesen

Inhaltlich wurde bestätigt, dass die ursprüngliche fachlich angebrachte



lich durch eine kräftige Erhöhung der Abwassergebühren (von derzeit 3,01 Euro/m<sup>3</sup>) erhöht werden. Dabei wurden zwei Berechnungsmodelle für die nächsten drei Jahre eingebracht. Bei der ersten Variante (höhere Gebühren/ kurze Zeit) wären es Gebühren von 4,46 Euro/m<sup>3</sup> und bei der zweiten Variante (nicht ganz so hohe Gebühren/ längere Zeit) von 4,11 Euro/m<sup>3</sup>. Es wurde der zweiten Variante mehrheitlich zugestimmt.

### Abschlussbericht der „Task-Force“ vorgelegt

Gleichzeitig wurde der Abschlussbericht der „Task-Force“ vorgelegt, die den Umbau der Kläranlage seit gut drei Jahren begleitet hat. Ihre Aufgabe war es, die Gewerke zu prüfen um Kosten zu minimieren und das Projekt kritisch zu begleiten.

Diese Task-Force wurde auf Grundlage eines gemeinsamen Antrags von Grünen, CDU und DKP/LL eingerichtet. Gemeinsam mit der zu diesem Zeitpunkt neu eingestellten Projektleitung wurden sehr viele Details, soweit Eingriffe in das Umbauprojekt überhaupt noch möglich waren, reduziert und optimiert.

Vor allem dank des Fachwissens der

Kritik, die auf unterschiedlichen Wegen sowohl aus der Einwohnerschaft unserer Stadt als auch aus der Fraktion DKP/LL geäußert wurde, berechtigt war. Ebenfalls wurde aufgezeigt, dass eine solche Überprüfung vor der Zustimmung der Auftragsvergabe Ende 2020 noch weit mehr Einsparungen erbracht hätte. Die Task Force konnte leider in laufende Bauabschnitte mit schon vergebenen Aufträgen nur noch wenig bis gar nicht mehr eingreifen. Jetzt wird immer wieder gesagt, in Mörfelden gäbe es eine der besten und modernsten Kläranlagen in Deutschland.

Damit wird versucht, die hohen Baukosten bei den Einwohnern herunterzuspielen und unnötigen Kostenaufwand zu verharmlosen.

Die Kläranlage wäre auch mit einer Überprüfung und Reduzierungen von Anfang an auf diesem technischen Stand. Es gab nie Kritik an der vierten Reinigungsstufe selbst. Kritisiert und hinterfragt wurden die Bau-Ausführungen und überflüssige Bestandteile der restlichen Anlage.

### Überprüfung alter Vorgänge war nicht erwünscht

Statt Versäumnisse in der Vergan-

genheit zu beschönigen oder zu verschweigen, sollte einfach mal klar die Wahrheit gesagt werden: Der Umbau hätte bei weitem nicht so viel kosten müssen, wenn die alte Koalition aus SPD, FW und FDP nicht selbstherrlich der Auftragsvergabe für den größten Bauabschnitt (25 Mio. Euro) zugestimmt hätte.

Es wäre angesichts der massiven öffentlichen Kritik die Pflicht gewesen, vorher eine erneute Überprüfung zu veranlassen. Spätestens an dieser Stelle hätte der Grüne Bürgermeister nach § 63 (2) der Hessischen Gemeindeordnung eine Beanstandung einreichen müssen.

Damit wäre die Angelegenheit vor das Verwaltungsgericht gekommen, wodurch wohl viel Unangenehmes an die Öffentlichkeit gelangt wäre. Verantwortung für unsere Stadt im Interesse der Einwohner\*innen wurde hier aber auch im Nachgang nicht übernommen.

### DKP/LL für Weiterarbeit der Task-Force

Die DKP/LL-Fraktion hat zu dem Abschlussbericht in der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, den als „Abschlussbericht“ voliegenden Bericht zur Arbeit der Task-Force Kläranlage zur Kenntnis zu nehmen.

Den Mitgliedern der Task-Force soll ausdrücklich gedankt und festgestellt werden, dass die Arbeit der Task-Force bis zum Abschluss des Projekts „Sanierung und Erweiterung Kläranlage“ fortgesetzt wird. Die Task-Force soll auch den weiteren baulichen Umsetzungsprozess bis zum Abschluss und der Abrechnung aller Planungen und Arbeiten begleiten.

### Ende der Task-Force Kläranlage beschlossen

Unser Antrag wurde abgelehnt. Für die Fraktionen, die das Ende der Task-Force beschlossen haben, scheint alles klar zu sein. Für uns sind nach wie vor viele Fragen zur Sanierung und Erweiterung der Kläranlage offen.

# Bürgermeister im Kreis Groß-Gerau fordern mehr Geld von Bund und Land

Mehrheitlich hat die Stadtverordnetenversammlung im Juli auf Antrag der DKP/LL-Fraktion beschlossen: „Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative für eine gemeinsame Resolution des Landrats und der Bürgermeister\*innen der Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau und damit im Vorfeld von Beratungen zu einem Nachtragshaushalt für 2024 und zum Haushalt 2025 ein Zeichen gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu setzen. Die Stadtverordnetenversammlung hält es für notwendig, dass sich auch der Landrat und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unseres Landkreises gemeinsam an die Fraktionen des Hessischen Landtags und des Bundestags, die Hessische Landesregierung, das hessische Innenministerium und die Bundesregierung wenden und mehr Geld für Städte und Gemeinden fordern.“

GRÜNE, SPD und DKP/Linke Liste stimmten dafür. CDU, Teile der FW und FDP lehnten den Antrag ab (2 FW-Vertreter enthielten sich), weil ihnen unsere Begründung nicht gefiel. CDU, FW und FDP ist der parteipolitisch begründete Konfrontationskurs mit dem SPD-Landrat offensichtlich wichtiger, als die gemeinsame Forderung nach mehr Geld für unsere Stadt und alle Kommunen. Inzwischen haben alle Bürgermeister aus dem Kreis Groß-Gerau gemeinsam mit Landrat Will (SPD) eine Resolution veröffentlicht, in der es u.a. heißt: „Wenn Bund und Länder die kommunale Ebene alleinlassen, scheitert erst die kommunale Selbstverwaltung und schließlich unsere Demokratie.“

## In unserer Begründung hieß es unter anderem:

„Unsere Stadt hat – wie die meisten Kommunen – ein Einnahmeproblem. Daran ist nicht der Landrat schuld. Die nach wie vor hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spe-

kulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Stattdessen wird immer mehr Geld in die Rüstung gesteckt.

## Wir halten die Forderung nach mehr Geld für die Kommunen deshalb für unverzichtbar.

Unter dem „Schutzschirm“ wurden in unserer Stadt wie in vielen hessischen Kommunen die Grundsteuer B und andere Steuern, Kitagebühren, Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen u.v.a.m. drastisch erhöht.

Viele Städte und Gemeinden haben neue Steuern eingeführt und gleichzeitig wichtige Einrichtungen wie Bibliotheken, Bürgerhäuser und Schwimmbäder geschlossen, ohne damit einem „nachhaltigen“ Haushaltsausgleich näher zu kommen. Gestrichene oder aufgeschobene öffentliche Leistungen und Investitionen kommen die Kommunen schon jetzt – erst recht in Zukunft – teuer zu stehen. Geringverdiener werden von dieser Entwicklung besonders hart getroffen. Sie werden über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus belastet.

Nicht nur ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vieler Kinder werden weiter eingeschränkt. Mit dem Haushaltsplanentwurf für 2025 und der Beschlussfassung zur Einführung der „Übernachtungssteuer“ wird auch in unserer Stadt dieser Kurs fortgesetzt.

Wir halten das für den falschen Weg. Wir weisen jeden weiteren Abbau notwendiger kommunaler Leistungen, immer höhere Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner und weitere Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung zurück. Die kommunale Infrastruktur ist

auch zur Integration der Menschen unverzichtbar, die als Flüchtlinge und Asylbewerber in unserer Stadt aufgenommen werden. Dazu gehört vor allem bezahlbarer Wohnraum im Eigentum der Stadt. Dafür wird mehr Geld gebraucht. Wir fordern deshalb:

- Vollständige Entschuldung der Kommunen mit Hilfe des Landes, des Bundes und der Banken, ohne die Bevölkerung noch mehr zu belasten;
- volle Kostenübernahme aller den Kommunen übertragenen Aufgaben, insbesondere für Bau und Unterhaltung von Kindertagesstätten und die Kita-Betreuung;
- Rücknahme der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Städte und Gemeinden bei der Neuberechnung;
- Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung durch einen erhöhten Anteil an den Steuereinnahmen.
- Unterstützung der Kommunen durch zusätzliche Mittel für alle kriegs- und krisenbedingten Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen.

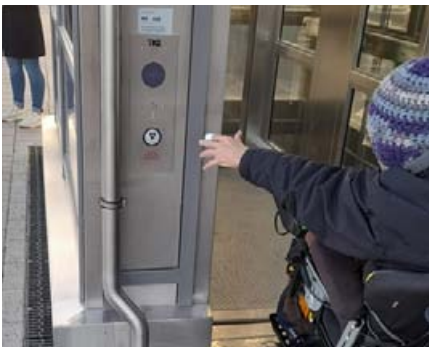


**Alfred J. Arndt**

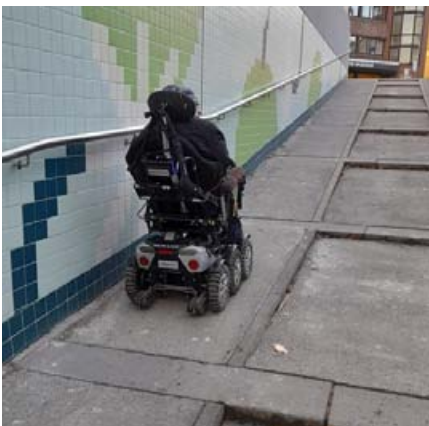
**Bürgermeister-Kandidat der DKP/Linke Liste**



Es sind die kleinen Dinge, an die selten jemand von den Planern denkt: An der Südecke des Bahnhofsgebäudes befindet sich der kürzeste Weg zum Aufzug, auf dem man auf den Bahnsteig in Richtung Frankfurt gelangen kann. Hier gibt es zwei Stufen, die Rollstuhlfahrer nicht überwinden können. Sie müssen einen Umweg um das Bahnhofsgebäude herum nehmen, oder die alte Fahrradrampe riskieren.



Der Knopf für den Aufzug ist für viele Rollstuhlfahrer ohne Rangiermanöver oder fremde Hilfe nicht erreichbar. Warum kann man den nicht auf eine kleine Säule vor der Aufzugstür montieren?



Für Besitzer schmaler E-Rollstühle bietet sich notfalls noch die alte Fahrradrampe an, wenn bis zur Zugabfahrt nicht mehr viel Zeit ist. Besitzer „traditioneller“ Rollstühle sind auf den Aufzug angewiesen

## Barrierefrei ist anders

# Was lange währt, wird endlich (fast) gut

Eigentlich hat es 122 Jahre gedauert, bis der Bahnhof Walldorf barrierefrei umgebaut wurde; denn so lange gibt es den Bahnhof schon. Allerdings hat erst in den achtziger Jahren die Diskussion darüber an Fahrt aufgenommen.

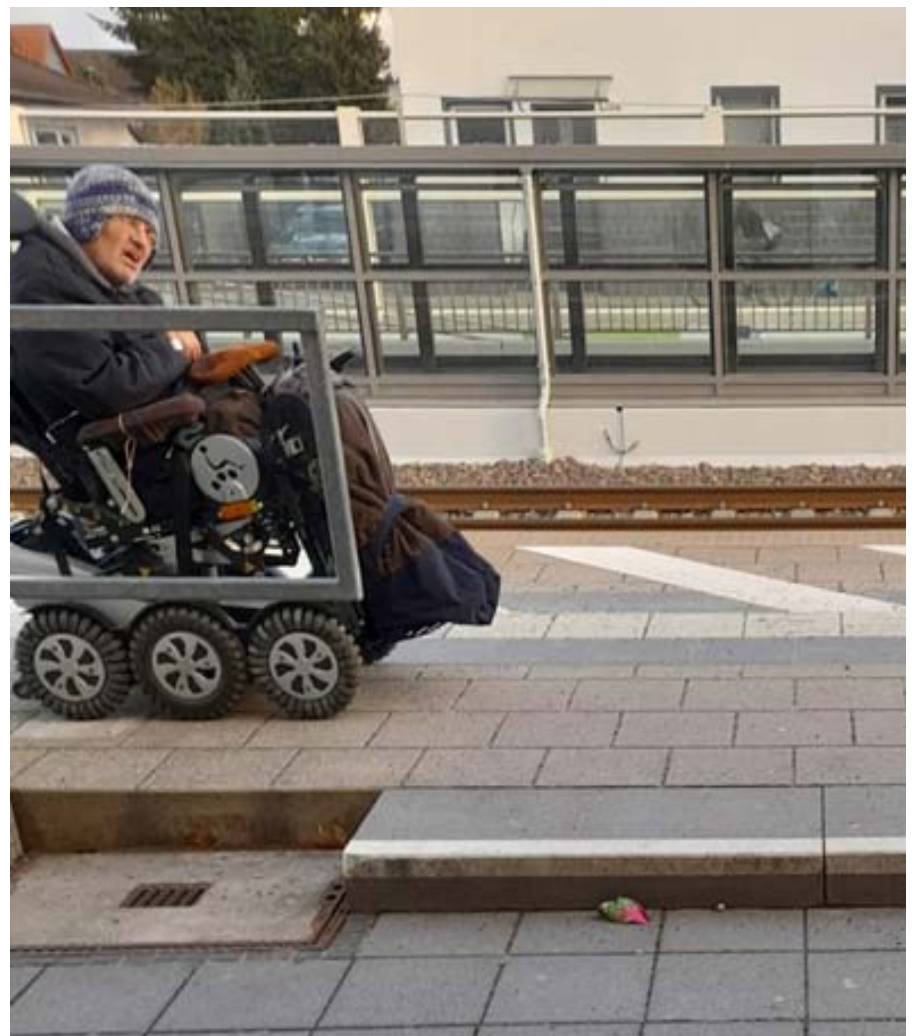
Jetzt endlich wurde die Baumaßnahme fertig gestellt. Rollstuhlfahrer und Menschen mit Kinderwagen können jetzt auch Richtung Frankfurt barrierefrei fahren/schieben. Der Kampf dafür hat sich gelohnt, und die Hartnäckigkeit der Gesamtstadt war erfolgreich.

Zwar ist die Rampe für das Gleis zwei

nach Frankfurt irre lang, aber dafür weniger reparaturanfällig. Trotzdem gibt es Kleinigkeiten, die nachgearbeitet werden müssen.

Das betrifft die rechte Seite des alten Bahnggebäudes auf der Westseite, wo die zwei Stufen als Rampen barrierefrei umgerüstet werden müssen (siehe Foto), damit auch Rollstuhlfahrer schneller zu den Gleisen gelangen können.

Das Argument, man könne ja um das Bahnggebäude herum fahren, kann nur von Menschen stammen, die sich nicht vorstellen können, wie schwer es ist, an einen Rollstuhl gefesselt zu sein.



Eine weitere Abkürzung vom Richtungsbahnsteig Groß-Gerau gäbe es durch den Mittelgang des Bahnhofs -wenn da nicht wieder eine völlig überflüssige (und auch für Nicht-Behinderte lästige) Stufe wäre. Auch hier bedeutet das für Rollstuhlfahrer einen Umweg.

# „Das war die schönste Zeit“



Bahnhofstrasse 21, im Hintergrund Gretchen



Gritsche-Schorsch und Gretsche hinter ihrem Biertresen

**Ein alter Mann mit Stock schleppt sich über den Dalles. Frage an ihn: „Sag mal, Du warst doch auch früher beim Gritsch...?“ Das Gesicht des Alten klart sich auf: „Das war die schönste Zeit.“**

**blickpunkt:** Jutta, Ihr probt an einem Theaterstück über die Wirtschaft „Zum Rosengarten“. Warum?

**Jutta:** Ein Stück Vergangenheit wird lebendig gemacht. Der Wirt, Georg Dammel, genannt Gritsche-Schorsch, war eine Persönlichkeit, wie es sie heute nicht mehr gibt. Voller Humor und Witz... Meine Eltern haben oft davon erzählt, mein Vater war Stammgast.

**blickpunkt:** Das Klima in der Kneipe?

**Jutta:** Rauchig natürlich, aber das Hervorstechende: wenn einer zum Beispiel etwas zu essen wollte, gab ihm der Schorsch schon mal aus der Kasse ein paar Mark und schickte ihn weg, woanders was zu essen. Oder er sagte: „Geh hoom, do is es Esse

billischer.“ Wir fragten vor Jahren einige Stammgäste, die wunderbare Geschichten zu erzählen wußten. Die haben wir verarbeitet und zu „einem Tag beim Gritsch“ zusammengefügt – zu einem Ruhetag, denn dann war dort am meisten los, alle kamen durch die Hintertür.

**blickpunkt:** Was seid ihr für eine Truppe?

**Jutta:** Vor vielen Jahrzehnten gab es einen Singkreis der Naturfreunde und Gewerkschaften. Das war eine schöne Sache, wir knüpfen daran an und haben noch die Humanistische Gemeinde ins Boot geholt. Du siehst auf unserem Foto: Bei unseren Proben geht es lustig zu. Kein Wunder bei dem Thema.

*„Heer, Kutscher,  
du host aa noch 30 Bier do steh..!“  
„Schitt se um, isch hob  
heit koon Dorsch!“*

Im Winter proben wir im Naturfreundeaus.

**blickpunkt:** Wann habt ihr Premiere?

**Jutta:** Mitte April. Es gibt nur noch wenige Restkarten.

**blickpunkt:** Wie hoch ist der Eintritt?

**Jutta:** Schorsch hätte gesagt: Behaal doi Geld!

**blickpunkt:** An wen muss man sich wenden, wenn man euer Stück sehen will?

**Jutta:** Einfach anrufen und Platz reservieren lassen.

**blickpunkt:** Kann man bei euch mitmachen?

**Jutta:** Wir lassen niemand vor der Tür frieren.

**blickpunkt:** Na dann, viel Erfolg, wir sind gespannt!

*Interessiert? Hier ist unsere  
Kontaktadresse:  
blickpunkt.kultur@t-online.de*





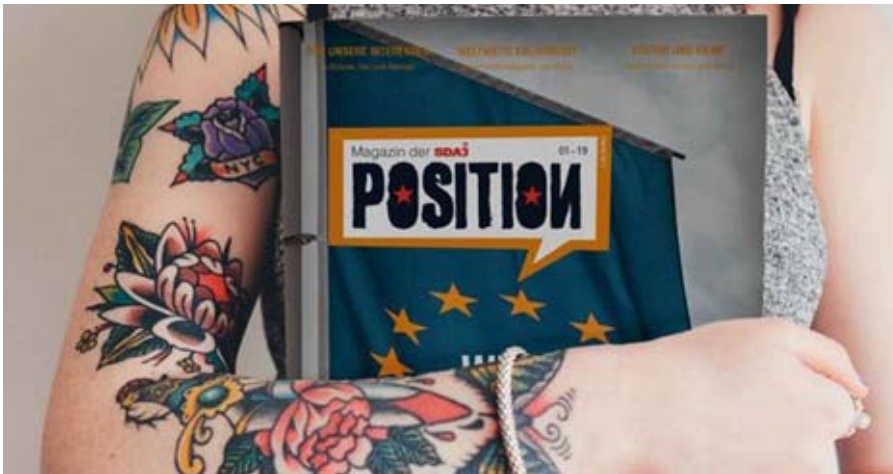
## Generation Z – Zu nichts zu gebrauchen?

Alle Jahre wieder grüßt die PISA-Studie mit ihren erschreckenden Ergebnissen über das deutsche Bildungssystem. Zumeist beginnt dann die Hetze gegen die „dumme junge Generation“, welche „eh zu nichts zu gebrauchen ist“. Dabei sind es nicht wir, die es dahin kommen lassen haben. Wir können nur das lernen (und

Lehrkräftemangel, Lernrückstände und Aufnahmekapazitäten.

### Geld wird in die Rüstung gepumpt

Doch das ist noch lang nicht alles, es fehlt der Bildung an allen Ecken und Enden. So wurde der Digitalpakt 1.0, der als Reaktion auf die Coronapandemie und die damit angezogene Di-



unter diesen Voraussetzungen), was uns eben vor die Füße geworfen wird.

### Deutsche Bildungsmisere

Seit Jahren machen Schlagzeilen über die erschreckenden Erkenntnisse der PISA-Studie Eindruck in den Medien. Wobei diese Ergebnisse schon lange nicht mehr erschreckend, sondern zum Alltag geworden sind – zumindest für all die Lehrkräfte und SchülerInnen an deutschen Schulen, denn diese leiden nicht erst seit gestern unter dem kaputt gesparten Bildungssystem. Doch was meinen wir, wenn wir vom kaputtgesparten Bildungssystem reden? Wir reden zum Beispiel von dem chronischen Lehrkräftemangel. Zurzeit liegt die offizielle Zahl bei 14.500 unbesetzten Lehrstellen und soll laut Prognosen bis auf 177.500 fehlende Lehrkräfte im Jahr 2035 steigen. Das Deutsche Schulbarometer unterstreicht diese Zahlen und formuliert drei zentrale Probleme:

gitalisierung der Schulen verabschiedet wurde, nicht einmal komplett ausfinanziert. Laut Medienberichten klafft eine Lücke von 783 Millionen Euro. Um die Fortführung in Form vom Digitalpakt 2.0 wird noch immer gestritten. Im angesetzten Haushalt für 2025 wird bereits jetzt ersichtlich, dass dieses Paket so nicht getragen werden kann. Doch wie soll es auch anders sein? Während in den letzten Jahren prozentual immer weniger Geld in die Bildung fließt, wird mehr als das Doppelte in die Rüstung gepumpt – und das auch ohne sämtliche Sonderpakete! Während wir in maroden Schulgebäuden sitzen, in welchen allzu häufig Unterricht ausfällt, weil es entweder an Ausstattung mangelt oder uns die Decke auf den Kopf fallen könnte, werden Milliarden in die Rüstung gesteckt.

### Die Lüge von der „faulen Generation“

Nun wird in der Öffentlichkeit Stimmung gegen die Jugend gemacht,

welche sich doch erst einmal anstrengen solle, denn früher war es ja auch nicht leicht. Was in diese Redensart auch super reinpasst, ist das Lügenbild der vorgeblich faulen, disziplinenlosen neuen Generation – Grundlage für viele reaktionäre Kräfte in der Argumentation für eine Wehrpflicht, denn die verweichlichte Jugend müsse einfach mal Gehorsamkeit und Disziplin lernen. Allerdings wollen wir nicht Gehorsamkeit und Disziplin lernen, um für ein System zu kämpfen, welches uns nicht einmal eine vollumfängliche Bildung bereitstellen kann. Dass wir uns all dies nicht gefallen lassen müssen, zeigen uns die Kämpfe der Vergangenheit auf, zum Beispiel die Bildungsstreiks 2009, bei welchen 270.000 lernende Jugendliche gemeinsam auf die Straße gingen, um gegen G8 und für eine Verbesserung der Studienbedingungen zu kämpfen. Auch unsere Vertretungsgremien sind ein Resultat von Kämpfen, die junge Menschen wie wir geführt haben. In der jüngeren Vergangenheit hat sich immer wieder Protest gebildet, wie zum Beispiel das Bündnis „Bildungswende Jetzt!“, welches gegen das marode Schulsystem auf die Straßen gegangen ist. In Gießen hat sich der StadtschülerInnenrat zu Wort gemeldet und klargestellt, dass das Problem eine Systemfrage ist und wir für eine Schule für Alle kämpfen müssen. Die Probleme unseres Bildungssystems treten immer deutlicher zu Tage. Was uns die Zukunft bringt, werden wir



sehen, doch müssen wir alle proaktiv dran arbeiten, sie zu unseren Gunsten zu ändern. Wir müssen mit unseren MitschülerInnen sprechen und aufzeigen, dass genug Geld für eine vollumfängliche Bildung da wäre – wir müssen es uns nur holen!

Luca, Kassel

Gekürzt aus: POSITION – Magazin der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ).

Kontakt: [info@sdaj-netz.de](mailto:info@sdaj-netz.de)

# Worum geht's in der Ukraine?

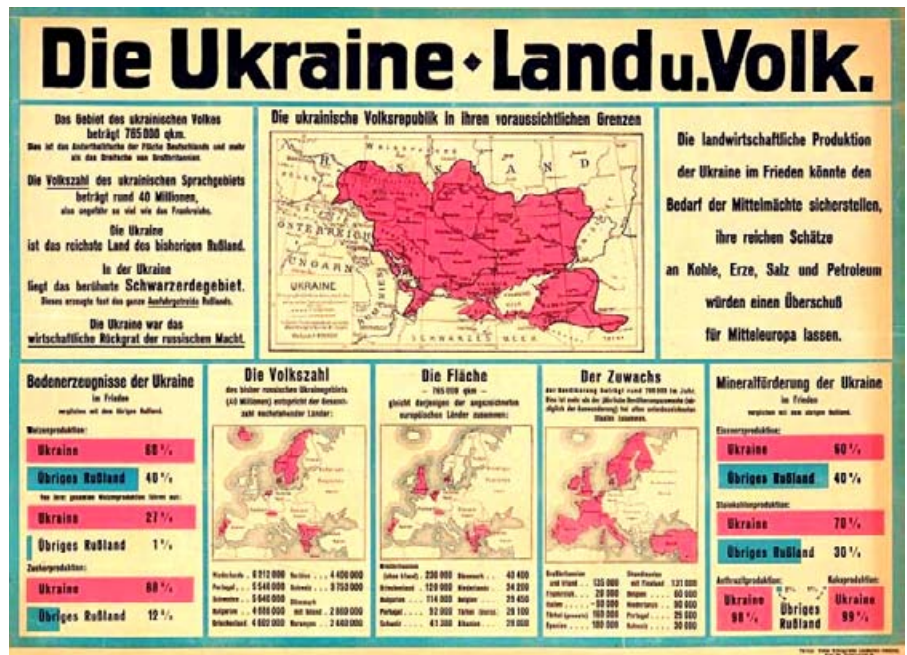
Hier soll es mal nicht um die Geostrategie der NATO gehen. Hier geht's mal um Geld. Der besoffene Jelzin hatte den westlichen Milliardären Tür und Tor geöffnet, Putin dann die Bremse gezogen und auch den dreistesten russischen Oligarchen Grenzen gesetzt. Der Ausverkauf des Volksvermögens wurde verlangsammt. Das passte den internationalen Konzernen nicht. Die brachten die ukrainischen Nationalisten gegen Russland in Stellung, investierten Milliarden in den Sturz des – zweifellos korrupten – Präsidenten Janukowitsch. Sie wollen wenigstens die Ukraine ausplündern.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat beim Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum an deutsche Unternehmen appelliert, mehr in Projekte in der Ukraine zu investieren. Stolz verwies er darauf, dass die Ukraine beim Beantragen öffentlicher Investitionsgarantien deutscher Unternehmer inzwischen auf Platz eins liege. Insgesamt sind laut Bundesregierung etwa 2.000 deutsche Unternehmen in der Ukraine tätig. Scholz ist zuversichtlich, dass nach dem Ende des Krieges die ukrainische Wirtschaft in raschem Tempo wachsen werde. Er wünsche sich, dass die deutsche Wirtschaft von diesem Wachstum profitieren werde. Als einen der Schwerpunkte nannte er die »Verteidigungsindustrie«.

Rheinmetall baut vier Fabriken in der Ukraine. Jahrzehntlang hieß es »keine Waffenexporte in Krisengebiete« – eine der vielen Lügen. Daneben exportiert die BRD laut Scholz Maschinen, Chemieprodukte und Autos in die Ukraine. In der Ukraine arbeitet die Regierung daran, die verbliebenen Filetstücke der Volkswirtschaft



Die Dividenden steigen, die Proletariater fallen. (Rosa Luxemburg)



Schon 1918, gegen Ende des Weltkrieges Nr 1, streckten die deutschen Wirtschaftsstrategen ihre Hände nach der Ukraine aus und malten sich die märchenhaften Profite aus, die die Besetzung des Landes mit sich bringen würde. Der Krieg wurde verloren. Ebenso der Weltkrieg Nr. 2 mit gleichen Zielen. Geschichte wiederholt sich....

an westliche Investoren auszuliefern. Die ukrainischen Oligarchen, die sich den in der jetzigen Ukraine liegenden Teil der volkseigenen Wirtschaft der UdSSR unter den Nagel gerissen hatten, sollen verdrängt werden. Die Kiewer Regierung ist dabei offenbar mehr als behilflich. So sind mehrere Mobilfunknetze, an denen europäische und US-Investoren interessiert sind, den bisherigen Eigentümern wegen des Verdachts früherer Geschäftsbeziehungen zu Russland entzogen und erst gegen die Zusage ihres Verkaufs wieder freigegeben worden. Ähnliches gilt etwa für Rohstoffvorkommen, zum Beispiel Titanerze.

Durch die faktische Beschlagnahme der Aktienpakete rutscht ihr Wert in den Keller und beschert den Investoren Schnäppchenpreise. Vorstandschef der US-amerikanischen Gesellschaft Veon, die gemeinsam mit dem Fonds Blackrock (deren Aufsichtsratsvorsitz von 2016 bis 2020 CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz innehatte) und anderen Investoren das Mobilfunkunternehmen Kyivstar übernehmen will, ist übrigens der frühere US-Verteidigungsminister

Mike Pompeo. Nur, dass diesen Herrn niemand einen Oligarchen nennt. Und internationale Agrarkonzerne reißen sich die Schwarzerdegebiete der Ukraine unter den Nagel. Auch darum geht's in der Ukraine. Wie sagte der Volksmund im ersten Weltkrieg: Der Krieg ist für die Reichen, der Mittelstand muß weichen, der Arbeiter stellt die Leichen.

(siehe auch: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/ukraine-land-wirtschaft-schwarzerde-monsanto>)



Schon 1914 hieß es: Jeder Schuss ein Russ'



Vor 49 Jahren, am 3. Oktober 1976, fand die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag statt. Die SPD zog damals unter dem Motto „Modell Deutschland“ in den Wahlkampf, die CDU kam mit „sicher, sozial und frei“ daher – diese Sprüche hat heute die SPD übernommen („Wir kämpfen für Deine Freiheit“, „Wir kämpfen für Deine Sicherheit“). Die CSU trat mit dem Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ an, der fatal an den Nazislogan „Freiheit oder Bolschewismus“ erinnerte. Damals wie heute war ein Sozialdemokrat Verteidigungsminister (Georg Leber). Damals versuchte dieser ehemalige Gewerkschaftler, genau wie Herr Pistorius heute, seine Gegner dadurch zu übertrumpfen, dass er eine rechtere und mi-

litaristische Politik als die Rechten machte. In seiner Amtszeit gab es einen starken Aufrüstungsschub der Bundeswehr – genau wie heute. Unter anderem wurde damals das Lenkraketensystem MILAN in großer Stückzahl eingeführt – heute geht es um neue Munitionsfabriken und um TAURUS-Raketen gegen Russland. Also: Im Westen nichts Neues. Auf unserem Bild, das im September 1976 in der Walldorfer Altstadt aufgenommen wurde, sehen wir den damaligen Bundestagskandidaten der DKP, Josef („Seppel“) Knecht. Er war Mechaniker, Jahrgang 1928, arbeitete schon bei Kriegsende im BBC-Werk Groß-Auheim, war dort Vertrauensmann und Betriebsjugendvertreter. Neben ihm sehen wir Peter Passet. Er war Walldorfer „Urgestein“, hatte das KZ Mauthausen überlebt und war bekanntes Mitglied der örtlichen

DKP. Die Schilder sind heute noch aktueller als damals – es hat sich in fast 50 Jahren unter verschiedenen Regierungen nichts Grundlegendes geändert. In der Hand vom „Knechte-Seppel“ sehen wir ein Extrablatt der DKP-Ortszeitung „blickpunkt“, das sich unter dem Titel „4 Fragen an Georg Leber“ mit der unsozialen Rüstungspolitik der SPD im Bundestag beschäftigte – heute stellen wir fast die gleichen Fragen an Herrn Pistorius. Leider wird unsere Partei bei den vorgezogenen Bundestagswahlen am 23. Februar 2025 nicht kandidieren, weil es schier unmöglich ist, in der viel zu kurzen Frist die tausende Unterstützungsunterschriften zu sammeln, die kleinen Parteien für die Kandidatur abgenötigt werden.

## Lauschsalon-Hörstück: Geschichten eines ungestümen Herzens - Veranstaltung zum Holocaustgedenktag

Freitag, 31. Januar 2025 - 20:00 Uhr  
Eintritt: € 12,- VVK im KuBa,  
im Merfeller Shop und in der Buchhandlung Giebel



[dkp-mw.de](http://dkp-mw.de)



[youtube.com/dkpmoewa](https://youtube.com/dkpmoewa)



[Instagram.com/dkpmoewa](https://instagram.com/dkpmoewa)



[facebook.com/DKPLinkeListe](https://facebook.com/DKPLinkeListe)

Mehr Infos:



## Unser Lexikon

### Schbrisch

Bei dem konnste  
long picke,  
bis dass de  
ans Hern kimmst